

## Schleswig-Holstein / Hamburg



Sie lieben weiße Protest-Ballons aufsteigen: Kinder, Eltern und Mitarbeiter der evangelischen Kindertagesstätten Bugenhagen und Parksiedlung in Rendsburg.

BECKER

# Mit Kita-Kindern gegen Kürzungen

Protest-Aktionen an Kindertagesstätten: „Uns reicht's!“ / Aktionsbündnis will kommende Woche in Kiel demonstrieren

**KIEL** Der Appell ist eindringlich: „Kürzt den Kindern nicht die Zukunft! Uns reicht's!“ Im ganzen Land wurden gestern um fünf vor zwölf Uhr Plakate und Banner mit diesem Motto vor Kindergärten aufgehängt, um gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei den Kitas zu protestieren. Der Unmut, der sich gegen solche Sparpläne bei Eltern, Mitarbeitern und Trägern aufstaut, wird sich am Mittwoch kommender Woche vor dem Landtag in Kiel entladen. Dann will das Aktionsbündnis aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Elternvertretern den Abgeordneten den Marschblasen und eine Protestnote mit Tausenden Unterschriften überreichen. Die Veranstalter rechnen damit, dass rund 800 Kitas sich an der Aktion beteiligen.

Nach Angaben der Träger fehlt den 1600 Kitas im Norden schon jetzt Geld. Weil das Land die Zuschüsse auf 60 Millionen Euro pro Jahr gedeckelt habe, gleichzeitig aber Personalkosten und Material teurer werden und die Zahl der Kitaplätze steigt, sei die Finanzierungsquote des Landes von 22 auf 19 Prozent gesunken. Wenn die schwarz-gelbe Regierung nicht mehr Geld locker mache und sogar weiter kürze, bleibe die Qualität der Betreuung auf der Strecke, warnte gestern Elternvertreter Andreas Henschel in Kiel. Die Gruppen (heute im Schnitt 20 bis 22 Kinder) würden noch größer, Buntstifte und Bastelmaterial unerschwinglich, und die Sprachförderung werde in Frage gestellt. Zudem fürchten Träger und Eltern, dass das beitragsfreie dritte Kita-Jahr (Kosten für das Land: 35 Millionen Euro pro Jahr) gestrichen wird und gesetzliche Mindeststandards im Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsauftrag unterschritten werden.



Protest in Itzehoe-Wellenkamp: Kita-Leiterin Anke Tollning demonstriert mit fünf Kindern im Laufgitter die Enge in den Gruppen – und stimmt ein Protestlied an.

TRUSCH

Eltern sind zudem in Sorge, dass ihnen künftig tiefer in die Tasche gegriffen wird. Derzeit zahlen sie für die vierstündige Betreuung zwischen 135 und 150 Euro im Monat. Für eine Ganztagsbetreuung samt Mittagessen müssen sie nach Angaben aus dem Aktionsbündnis 280 Euro und mehr zahlen – in anderen Bundesländern seien es nur 85 Euro. „Damit nehmen wir

deutschlandweit einen Spitzenplatz ein“, so Henschel. Das Land gebe nur drei Prozent des Haushalts für Kitas aus; das liege unter dem westdeutschen Durchschnitt.

„Wir haben ein frühkindliches Bildungsnotstandsgebiet in Schleswig-Holstein“, kritisiert Henschel. „Das Land darf sich nicht noch weiter aus der Kita-Finanzierung zurückziehen“, meint auch der Vor-

sitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände, Georg Falterbaum. Er warnt davor, bei den Jüngsten den Rotstift anzusetzen. „Die Reparaturkosten, die später bei Jugendlichen anfallen, sind weit teurer als eine gute Betreuung kleiner Kinder.“ Bedauert wird von Eltern, Gewerkschaften und Trägern, dass sie im Diskussionsprozess über die zukünftige Finanzierung der Kitas nicht einbezogen werden. Der Lenkungsausschuss habe in diesem Jahr noch nicht einmal getagt, so Henschel. Falterbaum pflichtet ihm bei: „Der Dialog wird nicht gepflegt.“ Zudem hänge es von der Postleitzahl des Wohnsitzes ab, wie viel Kita-Beitrag Eltern aufbringen müssten, weil Kreise und Kommunen sich unterschiedlich an den Kosten beteiligten. „Die Diskrepanz bei der Sozialstaffel reicht von null bis 100 Prozent“, so Falterbaum.

„Die Opposition unterstützt das Aktionsbündnis. Die SPD ruft Eltern auf, sich an den Protesten zu beteiligen.“ „Wer wirklich ernst damit machen will, Bildung voranzubringen, der muss mehr dafür tun und nicht weniger“, sagt die Landesvorsitzende der Grünen, Eka von Kalben. Schwarz-Gelb beuge sich „auf einen Holzweg, weil sie wichtige Zukunftsinvestitionen verschläft“. Das schaffe nur kurzfristige finanzielle Entlastungen, auf Dauer aber neue Sozialschulden. „Eine gute, gebührenfreie frühkindliche Bildung ist kein Luxus, sondern eine bildungs- und sozialpolitische Notwendigkeit“, meint SSW-Fraktionschefin Anke Spoorendonk und kritisiert „die Planlosigkeit der Regierung, die nicht einmal in der Lage ist, klare Prioritäten zugunsten der Kleinsten zu setzen“. Die Linke wirft der Regierung vor, „bewusst den Bildungsnotstand im Kita-

## ÜBERBLICK: KINDERTAGESSTÄTTEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

In Schleswig-Holstein gibt es aktuell 1640 Kindertageseinrichtungen mit rund 93 200 Plätzen (inklusive Hort) für Kinder im Alter von null bis 14 Jahren. Der größte Träger ist die Diakonie mit rund 600 Kitas. Seit Sommer 2009 ist das letzte Kitajahr vor dem Schuleintritt für eine Betreuungsdauer von täglich bis zu fünf Stunden gebührenfrei. Ein Antrag ist dafür nicht erforderlich. Insgesamt sollen in den nächsten Jahren im Norden 17 000 zusätzliche Plätze geschaffen werden, um ab 2013 den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für unter Dreijährige zu erfüllen. Das Land beteiligt sich an den Ausbaukosten mit 46 Millionen Euro. Den Rest in Höhe von 90 Millionen Euro zahlt der Bund.